

Unfaire Handelsbeziehungen

In Europa werden aufgrund der massiven Subventionen der EU im Agrarbereich große Mengen an landwirtschaftlichen Erzeugnissen überproduziert, die dann auf afrikanischen Märkten zu Dumpingpreisen verkauft werden. Der Export dieser Lebensmittel wird zusätzlich durch Exportsubventionen bezuschusst. Durch die staatlichen Zuschüsse können die Produkte zu Preisen angeboten werden, die weit unter den Produktionskosten liegen und mit denen einheimische Erzeuger nicht mithalten können.

Nicht nur reine Überproduktion auch verändertes Verbraucherverhalten führen dazu, dass in Europa Lebensmittel produziert werden, die auf dem heimischen Markt nicht abgesetzt werden können. So ist in den letzten Jahren die Nachfrage nach fettarmen Speisen gestiegen. Folglich stieg beispielsweise der Absatz von magerem Hühnerbrustfleisch. Die fettreichen Teile des Hähnchens, die sich hierzulange nicht gut verkaufen lassen, werden eingefroren und nach Afrika verschifft, wo sie wieder zu Dumpingpreisen auf den Markt kommen.

Milch, die europäische Milchbauern produzieren und die in der EU nicht verkauft werden kann, da das Angebot höher ist als die Nachfrage, wird zu Milchpulver verarbeitet. Dieses wird in Afrika zu Preisen verkauft, mit denen die einheimischen Milchbauern nicht konkurrieren können, da sie nicht vom Staat bezuschusst werden. Ähnliches geschieht mit anderen Lebensmitteln. Während in der EU Obst und Gemüse mithilfe staatlicher Subventionen produziert werden, bekommt ein Bauer in Afrika keine Hilfe vom Staat oder nimmt gar Entwicklungskredite auf. Wenn diese Produkte nun aus Europa auf die Märkte Afrikas kommen, weil mehr produziert wurde als in Europa abgesetzt werden kann, dann kann der einheimische Bauer nicht mit den Preisen konkurrieren.

Europäische Agrar- und Exportsubventionen führen zu Überproduktion und verzerren den Wettbewerb. Produzenten in Entwicklungsländern können sich den Preiskampf mit den importierten Gütern nicht leisten, da sie keine staatlichen Zuschüsse erhalten und ihre Preise daher viel höher liegen. Sie können ihre Waren nicht mehr auf dem einheimischen Markt verkaufen und verlieren damit ihre Existenzgrundlage.

Die EU steht zur Zeit mit vielen Entwicklungsländern in Verhandlungen, um sogenannte Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements, EPAs) abzuschließen. Das bisherige Allgemeine Präferenzsystem (APS), bei dem die EU Entwicklungsländern Handelspräferenzen einräumt, wurde von der WTO gerügt, da es nicht den Richtlinien entspricht. Seitdem bemüht sich die EU um bilaterale Abkommen, den EPAs.

Bei den EPAs handelt es sich um Freihandelsabkommen, die der EU und ihren Unternehmen den Zugang zu den Märkten der Entwicklungsländer erleichtern soll. Die Forderungen, die die EU dabei stellt, gehen jedoch weit über die bisherigen Vereinbarungen in multinationalen Foren wie der WTO hinaus. Die Länder sollen sich darin nicht nur verpflichten, ihren Markt für den Güterhandel zu öffnen, sondern auch Dienstleistungen, Investitionen und die Wettbewerbspolitik liberalisieren. Insbesondere aber sollen Ausfuhrsteuern massiv beschränkt oder ganz abgesetzt werden.

Ausfuhrsteuern werden von vielen Entwicklungsländern erhoben, um damit beispielsweise ihre Staatseinkommen zu erhöhen und die einheimische Industrie zu schützen und zu fördern. So können mit Hilfe von Ausfuhrsteuern Rohstoffe auf dem Binnenmarkt billiger angeboten werden. Das hilft der

einheimischen verarbeitenden Industrie, günstiger zu produzieren und damit an Wettbewerbsfähigkeit zu gewinnen. Länder, in denen eine weiterverarbeitende Industrie existiert, haben eine höhere Wachstumsrate, als solche die reine Rohstoffexporteure sind.

Mit der Beschränkung von Ausfuhrsteuern versucht die EU sich einen günstigen Zugriff auf diese Rohstoffe zu sichern, zum Nachteil der einheimischen Wirtschaft. Länder, die von Rohstoffexporten abhängig sind, zeichnen sich oft durch hohe Verschuldung und große Armut aus. 83% der Exporte aus hochverschuldeten armen Ländern (heavily indebted poor countries, HIPC) sind unverarbeitete Rohstoffe. Beispielsweise wird 70% des gesamten Kakaos weltweit in afrikanischen Ländern angebaut, aber nur 15% werden dort verarbeitet.

Mit ihren Bestrebungen Entwicklungsländer in bilaterale Freihandelsabkommen zu drängen, will sich die EU vor allem Vorteile für die eigene Wirtschaft sichern. Entwicklungsländer würden weiter in die Rolle als reine Rohstoffexporteure gedrängt und ihre Märkte werden mit billigen Produkten aus Europa überschwemmt. Dadurch wird es noch schwerer für afrikanische Länder sich aus der Armut zu befreien.

Quellen:

[Oxfam](#), Studie zur Rohstoffinitiative der EU

[one.org](#), Themenschwerpunkt Handel und Investitionen

[Brot für die Welt](#), Informationen zum Milchdumping

Schonecke, Wolfgang "Afrika. Die Mülltonne Europas."

Kontakt

Gemeinsam für Afrika

Maike Just, Tel. 030 / 2977 2421, E-Mail: m.just@d-fc.de